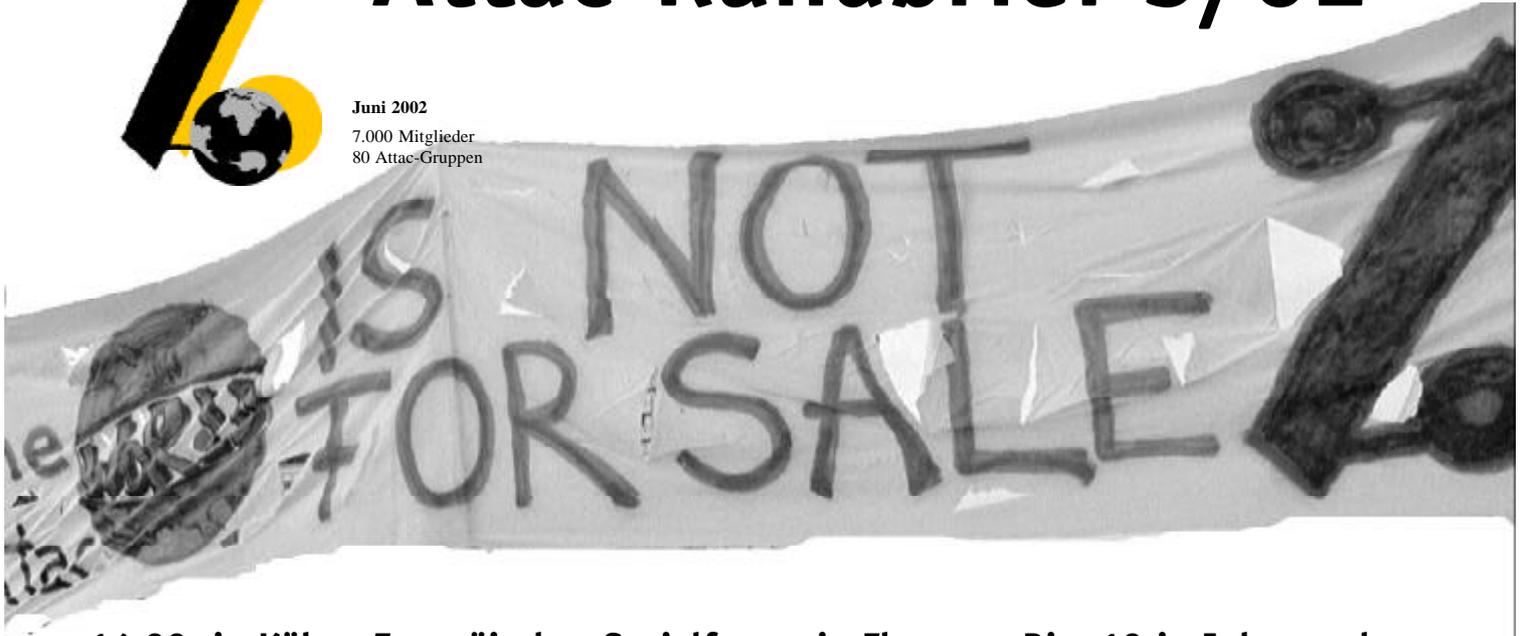




Attac-Rundbrief 3/02

Juni 2002
7.000 Mitglieder
80 Attac-Gruppen



14.09. in Köln - Europäisches Sozialforum in Florenz - Rio+10 in Johannesburg **Attac startet in einen aktionsreichen Herbst!**

Rund 70.000 Menschen mobilisierte das Aktionsbündnis „Achse des Friedens“ - ein Zusammenschluss von mehr als 230 Organisationen und Gruppen aus der Friedens-, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung, der Kirchen und Gewerkschaften - im Mai nach Berlin. Mit vielen kreativen zentralen und dezentralen Aktionen, so auch einem konzentrierten „Bush-Trommeln“ für den Frieden, bereitete eine große Anzahl zivilgesellschaftlicher Kräfte dem US-Präsidenten

George Bush in Berlin und mehr als sechzig weiteren Städten einen friedenspolitischen Empfang. Die Aktionen waren ein voller Erfolg. Sie haben die Friedens- und globalisierungskritische Bewegung zusammengebracht, sie haben gezeigt, dass der Widerstand gegen die neoliberale Wirtschaft und Politik wächst und sie sind nun vor allem eines: der Auftakt für einen aktionsreichen Herbst in Deutschland und Europa. Mehr dazu in diesem Rundbrief.

**Am 14.9.
Auf nach Köln!**



Editorial

Liebe Attac-Mitglieder & liebe Attac-InteressentInnen,

diese Ausgabe des Rundbriefs fällt etwas bunt aus. Denn was uns bevorsteht, ist „ein heißer Herbst“. Drei Großereignisse stehen an: die **Rio-plus-zehn-Konferenz in Johannesburg**, das **Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz** und der **zentrale Aktionstag von Attac und fünf Jugendverbänden der Gewerkschaften am 14.09. in Köln**. Über all das werden wir eingehender berichten bzw. zur Teilnahme in Florenz und Köln aufrufen (siehe auch unsere Beilage zum Aktionstag am 14.09.). Sven Giegold von Attac und Angelika Zahrt vom BUND debattieren über negative und positive Aspekte der Entwicklungspolitik seit Rio, Hugo Braun berichtet über die Vorbereitungen zum Europäischen Sozialforum (ESF), dem „Porto Alegre Europas“, Christoph Bautz erläutert noch einmal, warum es für Attac in der Hochphase des Bundestagswahlkampfes so wichtig ist, in Köln der gesamten Parteienlandschaft zu zeigen, dass Attac als außerparlamentarische Bewegung unaufhörlich auf eine solidarische Politik in Deutschland und eine internationale Vernetzung einer auf Gerechtigkeit beharrenden Zivilgesellschaft pocht.

Des weiteren sind da noch die wichtigen Ereignisse, die in den letzten Wochen stattgefunden und Attac wesentlich nach vorn gebracht haben: Die **Gesundheitskonferenz in Heidelberg** (zum Stand der zentralen Kampagne Werner Rätz), der **Attac-Ratschlag in Frankfurt** (dazu Felix Kolb), bei dem sich 450 Teilnehmende per Konsens auf eine neue Attac-Erklärung, einen neuen Koordinierungskreis und auf die Einrichtung eines Attac-Rats einigen konnten, sowie die vielen dezentralen und zentralen Aktionen zum **Bush-Besuch in Berlin**, an denen sich Attac zahlreich beteiligt hat.

Viele werden auch der Website und den Mailing-Listen entnommen haben, dass Attac vor einigen Wochen eine geheime Liste der EU zum GATS zugespielt wurde, die auf entlarvende Weise deutlich macht, welche Pläne in der EU hinter verschlossenen Türen zur Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung geschmiedet werden. Mit diesen Listen und der **Bedeutung des GATS für unser Bildungssystem** werden sich ein Beitrag der GEW und Thomas Fritz von Blue 21 beschäftigen. Pedro Morazán und Sebastian von Eichborn von Südwind haben sich der genaueren Analyse der **wirtschaftlichen Lage in Argentinien**, dem Paradebeispiel für die katastrophalen Folgen einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, gewidmet und schließlich können wir nicht umhin, die öffentliche Diskussion über



das viel und kontrovers besprochene Buch **“Empire”** von Michael Hardt und Antonio Negri mit einer weiteren Rezension (Gabriele Rohmann) zu bereichern.

Außerdem gibt es im Rundbrief neben vielen Ankündigungen noch eine Liste mit den Namen der neuen Koordinierungs- und Attac-Rat-Mitglieder sowie eine mit den Mitgliedern des ebenfalls neu eingerichteten Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Ende Juli findet in Marburg die **Sommerakademie von Attac** statt: In unserer Beilage finden Sie die aktuellsten Informationen zu diesem Ereignis. Und auch das noch einmal in aller Eindringlichkeit: Um eine Fortsetzung der neoliberalen Politik in Deutschland zu verhindern, müssen wir gehörig **“Druck von unten”** ausüben. Das wollen wir am 14.09. so zahlreich wie möglich tun und appellieren mit unserem beigelegten Aufruf wiederholt an alle Attac-Mitglieder und InteressentInnen: Der 14.09. ist für Attac und viele Menschen, Organisationen und Verbände das wichtigste Aktions- und Mobilisierungsereignis des Jahres! Wenn wir einen echten Politikwechsel bewirken wollen, müssen wir dieses wichtige Anliegen auch mit einer sehr großen Präsenz öffentlichkeitswirksam vertreten!

In diesem Sinne - bis zum 14.09. in Köln und vorab viel Spaß beim Lesen!

An dieser Stelle müssen wir, die Rundbrief-Redaktion, leider unseren Pressesprecher Felix Kolb verabschieden. Seine professionelle Pressearbeit und sein starkes Engagement haben mit dazu beigetragen, dass Attac so deutlich ins Licht der Öffentlichkeit geraten ist. Ganz herzlich begrüßen wir aber auch die neue Pressesprecherin Eleonore Wiedenroth, die ab Juli ihre Arbeit bei Attac aufnehmen wird. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

Gabriele Rohmann

Inhalt

Gesundheit ist keine Ware!	3	GATS: Die Liberalisierungsoffensive der EU	10
Attac und die Dialektik des Erfolgs - Warum Attac der Erfolg zum Problem werden könnte	4	Bildung als internationale Handelsware?	11
Bericht vom 6. Attac- Ratschlag	4	Argentinien: Die Zahlungen gehen weiter, das Elend wird größer	12
Liste der neuen Mitglieder von Ko-Kreis u. Attac-Rat	5	Wissenschaftlicher Beirat	14
Europäisches Sozialforum - Vorbereitungen in Deutschland	6	Bush-Besuch in Berlin	14
Auf nach Köln - Aufruf zum Aktionstag am 14. 9.	7	Buchrezension: „Empire“	15
Pro und Contra: Debatte um den Weltumweltgipfel in Johannesburg	8	Impressum / Rückmeldecoupon	16
		Attac in Kürze	16



„Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Wir wollen, dass Privatisierung und Marktkonkurrenz im Gesundheitswesen gestoppt werden“.

Mit diesem Satz aus der Heidelberger Erklärung hat sich die entstehende Bewegung gegen den neoliberalen Umbau des Gesundheitswesens ein inhaltliches Instrument geschaffen, mit dem es möglich ist, fast allen konkreten Amputationsplänen entgegenzutreten. Handle es sich um die Vorschläge, dass Krankenkassen nur noch mit bestimmten ÄrztInnen oder Krankenhäusern Verträge schließen (und damit einen qualitätssenkenden Preiswettbewerb auslösen) oder um die CDU-Propaganda von den Wahlmöglichkeiten der PatientInnen: Die Orientierung gegen die Privatisierung erfasst alle diskutierten konkreten Vorhaben.

Selbstverständlich bestehen nicht alle Probleme des Gesundheitswesens aus Privatisierungsplänen: PatientInnen wollen nicht unnötig behandelt werden, bloß weil ChefärztInnen daran verdienen oder Pharmafirmen ihre Medikamente testen wollen. Wir können und dürfen Gesundheitsversorgung nicht nur als Regelsystem der BürgerInnen dieses Landes denken. Nicht nur in den arm gemachten Ländern des Südens, auch in der BRD wird z.B. (illegalen) Flüchtlingen das Menschenrecht auf medizinische Hilfe vorenthalten oder nur höchst eingeschränkt gewährt.

Deshalb fordert die Heidelberger Erklärung im Fortgang, „eine demokratisch organisierte Gesundheitsversorgung für alle als öffentliche weltweite Aufgabe“ wahrzunehmen. Niemand darf ausge-

„Krankenhausparade“ in der Kölner Innenstadt: Attac-Köln gegen Privatisierung im Gesundheitswesen



Gesundheit ist keine Ware!

schlossen sein, unabhängig von Lebensort oder rechtlichem Status. Niemand wird aus der Verantwortung entlassen, kein Staat und keine gesellschaftliche Kraft. Eine solche Orientierung umreißt weitgehend und umfassend ein Gesundheitssystem, in dem Hilfe und Zuwendung bei Krankheit tatsächlich ein Menschenrecht wäre.

Das wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten deutlich machen. Wir sind sicher, dass die entscheidenden Auseinandersetzungen um ein umfassendes, öffentlich getragenes Gesundheitssystem für alle erst nach der Bundestagswahl anstehen. Damit geraten sie in zeitliche und inhaltliche Parallelität zu den Kämpfen gegen das weltweite Dienstleistungsabkommen GATS. Attac hat damit die Chance, erstmals in einer Kampagne umfassende Fragen kapitalistischer Globalisierung mit nationaler Innenpolitik und konkreten Auswirkungen vor Ort zu verbinden.



Dafür gehen am 15. Juni in vielen Städten Attac-Gruppen, oft mit lokalen Bündnispartnern gemeinsam, auf die Straße. Die Aktionen reichen von Infoständen und Unterschriftensammlung unter die Heidelberger Erklärung über Straßentheateraktionen bis hin zur Unterstützung konkreter Streiks im Gesundheitswesen. Auf der Homepage der Kampagne gibt es eine laufend vervollständigte Liste der Städte und Aktivitäten, von denen wir wissen. Gleichzeitig wird Ver.di ihre Aktionswoche „Für eine gesunde Reform“ am 15. Juni mit

einer Demonstration in Hannover eröffnen.

Auf einem Treffen von etwa 25 KampagnenaktivistInnen im Anschluss an den Attac-Ratschlag haben wir einige konkrete Beschlüsse für die weitere Arbeit gefasst: Es wird außer der Heidelberger Erklärung und dem Falblatt noch ein Flugblatt geben, das deutlicher auf den aktuellen Stand der öffentlichen Diskussion ein-

geht; demselben Zweck dient eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Attac-Forderungen, wie sie sich aus den bisherigen Materialien ergeben. Dies ist ebenso auf der Homepage zu finden wie auch viele Aktionsbeispiele aus verschiedenen Städten und die Kontakte zur vergrößerten Koordinierungsgruppe sowie zum Kölner Kampagnenbüro.

Aus der Heidelberger Aktionskonferenz hat sich ein Bündnistreffen einiger Organisationen entwickelt, das wir fortführen wollen. Es scheint uns sinnvoll, weiter daran zu arbeiten, dass Akteure in der Gesundheitspolitik handlungsfähig werden, die mehr sind als Interessenvertretungen bestimmter Gruppen. Am Samstag, den 10. August findet dann ein weiteres bundesweites Kampagnentreffen in Köln statt.

Inhaltliche Unterstützung werden wir durch das Sondergutachten „Gesundheit“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik erhalten, das unmittelbar vor dem 15. Juni veröffentlicht wurde. Wir selbst werden bei der Attac-Sommerakademie in Marburg vom 26. – 31. Juli (siehe Beilage) Gelegenheit haben, uns intensiv inhaltlichen Diskussionen zu widmen. Drei durchlaufende Workshops vormittags, eine Reihe von Nachmittagsveranstaltungen und eine Großveranstaltung am Sonntagabend (28.7.) beschäftigen sich mit Gesundheitsthemen.



Am 14. September finden in Köln ein Aktionstag und eine Großdemonstration von Attac und fünf Gewerkschaftsjugendverbänden statt. Unter dem Motto „Her mit dem schönen Leben – eine andere Welt ist möglich“ wird Gesundheit zwar nur eines von mehreren Themen sein, aber ein wichtiges: Eine Woche später ist Bundestagswahl und eine Regierung, die unsere Forderungen auch nur ernst nähme, steht nicht zur Wahl. Aber jede neue Bundesregierung wird es schwerer haben als die alte, neoliberale Politik einfach fortzusetzen. Das werden wir in Köln unmissverständlich deutlich machen.

Werner Rätz

Nähere Infos im Internet unter:
www.attac-netzwerk.de/sozsich/

Attac und die Dialektik des Erfolgs

Warum Attac der Erfolg zum Problem werden könnte

Im Januar 2000 wurde Attac Deutschland in Frankfurt a.M. gegründet. In vielen Redebeiträgen schwang bereits die Hoffnung auf einen Aufbruch mit. Aber ebenso waren zumindest am Rande dieses ersten Ratschlags viele skeptische Stimmen zu hören. Einige gingen soweit zu prophezeien, dass Attac in Deutschland keine Chance auf Erfolg habe. Denn die politische Situation sei mit Frankreich nicht zu vergleichen und es sei dementsprechend naiv zu glauben, einfach ein Erfolgsmodell importieren zu können. Dem verbliebenen Potential würden dann deutsche Vereinsmeierei und linkes Sektierertum schnell den Garau machen. Obwohl durch die Weichenstellungen auf den ersten Ratschlägen beide dieser Fallen erfolgreich umschiffen wurden, schienen die Skeptiker recht zu behalten. Attac wuchs in den ersten eineinhalb Jahren im Schnecken tempo, das öffentliche Interesse tendierte gegen Null und die politischen Eliten konnten fortfahren, die Globalisierungsproblematik einfach zu ignorieren.

Dann aber kamen im Sommer 2001 die Proteste gegen die Gipfeltreffen in Göteborg und Genua. Sie stellten vieles auf den Kopf. Ich kann an dieser Stelle das Wechselspiel von Politik, Medien und Bewegung nicht beschreiben, das dazu geführt hat, dass wir heute soviel erreicht haben. Attac ist mit zur Zeit 7.000 Mitgliedern – darunter 150 Organisationen – und 80 aktiven Gruppen auch in Deutschland zu einem bedeutenden politischen Akteur in der Globalisierungsdebatte geworden. Die Globalisierungsproblematik ist von einem Nischenthema zu einem der zentralen politischen Konfliktfelder geworden. Jetzt droht – und es klingt zunächst absurd – dieser Erfolg zum größten Hindernis für den künftigen Erfolg von Attac zu werden.

Globalisierungskritik ist immer mehr en vogue...

Die Berliner Rede von Bundespräsident Rau hat dies in aller Deutlichkeit unterstrichen. Zunächst ist dies ein politischer Erfolg, an dem Attac einen großen Anteil gehabt hat. Trotzdem besteht kein Grund zum Jubeln. Denn während der breiten Öffentlichkeit suggeriert werden soll, die Politik habe alles im Griff, wächst in Wirklichkeit die Kluft zwischen den Reden und dem Handeln von Regierungen und Politiker/innen weiter. Für Attac wird diese Politik des Scheins

zum Problem, da ein neuer Legitimationsdruck entsteht. Wofür Proteste – wofür Attac, wenn die Forderungen von Attac Regierungspolitik zu werden scheinen? Attac muss dringend eine Antwort auf diese Frage finden. Attac könnte anfangen, seine politische Rhetorik zu radikalisieren. Also neue Forderungen aufzustellen, die so weit weg sind von dem, was in der Öffentlichkeit als machbar und sinnvoll erachtet wird, dass keine Gefahr der Vereinnahmung mehr besteht. Inhaltlich mag es gute Gründe für diesen Schritt geben, politisch aber würde er Attac auf ein Abstellgleis bugisieren. Der Erfolg von Attac basiert ganz stark auf der Konzentration auf konkrete, pragmatische und einleuchtende Forderungen, die von Menschen mit verschiedenen weltanschaulichen und politischen Überzeugungen geteilt werden können. Deshalb würde die Radikalisierung der politischen Rhetorik mittelfristig mit einem massiven Verlust von öffentlicher Unter-

stützung und Bündnispartnern einhergehen.

Attac könnte aber auch einen anderen Weg wählen und sich der Herausforderung stellen, die Kluft zwischen Wissen und Handeln der politischen Eliten öffentlich zu machen. Den Finger so lange in die Wunde zu legen, bis es für die politischen Eliten keine Wahl mehr gibt, als den Reden auch Reformen folgen zu lassen, um sich nicht öffentlich der Lächerlichkeit preiszugeben. Diese Entscheidung würde erfordern, die Öffentlichkeit nicht nur davon zu überzeugen, dass sich bislang noch nichts zum Guten gewandt hat, sondern auch einzelne unserer Forderungen – wie die nach der Tobinsteuer, der Schließung von Steueroasen, der Schuldenstreichung – so bekannt zu machen, dass wir die Politik auf Antworten zu diesen Problemen neoliberaler Globalisierung festnageln können.

Felix Kolb

Kurzer Bericht über den 6. Attac-Ratschlag

Vom 24. bis zum 26. Mai fand in Frankfurt am Main der 6. bundesweite Attac-Ratschlag statt. Mit über 450 TeilnehmerInnen war es das bislang bestbesuchte Treffen dieser Art. Anwesend waren sowohl Mitglieder, Interessierte, Aktive aus Attac-Gruppen und VertreterInnen der Attac-Mitgliedsorganisationen. Die Tagesordnung war mit Strukturreform, neuer Attac-Erklärung und Wahlen zu Rat und Koordinierungskreis voll gepackt bis oben hin. Dass nahezu alle Tagesordnungspunkte komplett abgearbeitet werden konnten, ist ein großer Erfolg. Zu den wichtigsten Ergebnissen gehören:

- Es wurde einstimmig beschlossen, am gewichteten Konsensprinzip des Ratschlags festzuhalten. Für bestimmte Entscheidungen – z.B. bei Wahlen und Geschäftsordnungsfragen – wurde ein Delegiertenprinzip eingeführt, um Entscheidungen demokratisch besser legitimieren zu können. Gleichzeitig bleiben die Ratschläge und die dortigen Diskussionen aber offen für alle, und viele Entscheidungen werden weiter von allen Anwesenden getroffen.
- Eine neue Attac-Erklärung „Die Welt ist keine Ware – eine andere Welt ist möglich!“ wurde verabschiedet. Damit trug der Ratschlag der Entwicklung Rechnung, dass Attac sich mittlerweile dem gesamten Spektrum der Globalisierungskritik widmet und zudem ein Teil der Friedensbewegung geworden ist.
- Der Koordinierungskreis wurde von 15 auf 21 Mitglieder erweitert. Damit sind jetzt sechs Vertreter/innen von Attac-Mitgliedsorganisationen, 12 Vertreter/innen der lokalen Attac-Gruppen und drei Vertreter/innen für Attac-Kampagnen und Arbeitszusammenhänge vertreten. (Namen siehe Kasten auf Seite 5)
- Außerdem wurde mit dem Attac-Rat ein neues Gremium geschaffen. Der Attac-Rat ist analog dem Koordinierungskreis aufgebaut, hat aber etwa 60 Mitglieder. Er trifft sich vier Mal im Jahr und soll endlich den Rahmen für grundlegendere Diskussionen bieten. (Namen siehe Kasten auf Seite 5)

Weiter Informationen zum Ratschlag gibt es im Internet unter:

<http://www.attac-netzwerk.de/ratschlag02ffm/>



Foto: Karsten Hennig

450 TeilnehmerInnen kamen zum 6. Attac-Ratschlag nach Frankfurt am Main, um über künftige Strukturen und Strategien zu diskutieren.

Attac-Rat

Auf dem Ratschlag am 24.-26.5. in Frankfurt am Main ist der Attac-Rat als höchstes Gremium zwischen den Ratschlägen gebildet worden. Ihm gehören neben den Mitgliedern des Koordinierungskreises 24 VertreterInnen von Ortsgruppen, 12 Mitgliedsorganisationen und die VertreterInnen der ansonsten noch nicht vertretenen bundesweiten Arbeitszusammenhänge an. Konkret sind dies derzeit:

Nord

Anne Karrass, Dagmar Embshoff, Eva Ebenhöf, Jürgen Castendeyk, Christian Godan, Rasmus Grobe

Süd

Lioba Diez, Inga Tappe, Wiltrud Reuter, Rüdiger Stegemann, Inigo Valdenebro, Martin Höfft

Ost

Barbara Fuchs, Anett Pfeiffer, Alexandra Schubert, Ole Dening, Thomas Fritz, Peter Strotmann

West

Hardy Krampertz, Markus Steigenberger, Karin Walther, Irene Wollenberg, Gitti

Götz, Burak Copuroglu

Organisationen

BUND Jugend (Wiebke Herding), GEW (Jochen Nagel), Jusos (Christian Schmitz), Grüne Jugend (Ben von der Ahre), Solid (Sascha Wagener), Medico International (Thomas Seibert), Share (Christoph Bautz), FIAN (Stefan Ofteringer), NROFrauenforum (Christa Wichterich), Kairos Europa (Martin Gück), Linksruck (Stefanie Hänisch), Pax Christi (Martin Herndlhofer)

Die VertreterInnen für die **bundesweiten Arbeitszusammenhänge** müssen noch bestimmt werden.

Koordinierungskreis

Der Koordinierungskreis besteht seit der Neuwahl am 25.5.2002 aus:

Lena Bröckl, Attac Berlin, 0178/5101099, lena@attacberlin.de

Hugo Braun, Euromärsche, 0211/674980 braun.d@t-online.de

Sven Giegold, Kampagne „Stopp Steuerflucht“, 04231 / 957-590, giegold@attac.org

Heike Hänsel, Attac Stuttgart, haensel.heike@t-online.de

Kurt Haymann, Attac München, 08936/ 17173, kurt-haymann@t-online.de

Philipp Hersel, Blue21, 030 / 6946101, philipp.hersel@blue21.de

Sylvia Klemen, Attac Köln, lapazzerella@hotmail.com

Astrid Kraus, Attac Köln, 0221/4249178, astrid_kraus_k@web.de

Willi Lüpkes, Attac Oldenburg, 0441/9501612, helene-lange-schule@b-igs.ol.shuttle.de

Claudia Meyer, DGBjugend, Claudia.Meyer@bundesvorstand.dgb.de

Maria Mies, FrauenNetzAttac, Mariamies@aol.com

Oliver Moldenhauer, AG Welthandel und WTO, 0163/3071523, moldenhauer@attac-netzwerk.de

Pedro Morazán, Südwind, 02241/259531, morazan.suedwind@t-online.de

Lars Niggemeyer, Attac Hannover, lars.niggemeyer@stud.uni-hannover.de

Oliver Pye, Attac Köln, oliverpye@hotmail.com

Werner Rätz, ila, 0228/658613, werner.raetz@t-online.de

Astrid Schaffert, Attac Freiburg, astrid@attac-netzwerk.de

Richard Schmid, Attac Aachen, 0241/889 14 12, richard@attac-netzwerk.de

Peter Wahl, WEED, 0228/76613-22(d), peter.wahl@weedbonn.org

Unterstützt die bundesweite Aktionsgruppe von Attac!



Wir wollen nicht mehr tatenlos zusehen! Die bundesweite Aktionsgruppe hat sich gegründet und sogleich mit einer spektakulären Aktion losgelegt. Mit dem Transparent "Hamburg: das Tor zum Sozialabbau" haben wir uns den Protesten gegen die Spar- und Privatisierungspolitik des Hamburger Senats angeschlossen. Jetzt drohen mehreren AktivistInnen Strafen. Um die Prozesskosten aufbringen zu können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Spenden für die Aktionsgruppe an das Spendenkonto:
Michael Digel, Kto.Nr. 13 85 48 18 56, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50
Stichwort "Aktionsgruppe"

(Für diese Spenden können wir leider keine Spendenquittung ausstellen.)

Von Pôrto Alegre nach Florenz!

Die globalisierungskritische Weltbewegung formiert sich -
Vorbereitungsgruppe auch in Deutschland gegründet



Foto: Felix Kolb

Auf dem Weltsozialforum in Pôrto Alegre trafen sich im Februar mehr als 50.000 GlobalisierungskritikerInnen aus aller Welt.

Der große Erfolg und die weltweite Wirkung des Welt-Sozialforums (WSF) 2002, das zwischen dem 31. Januar und 5. Februar im brasilianischen Pôrto Alegre stattgefunden hat, ermutigte das Internationale Komitee des WSF, die Veranstaltung regionaler Foren auf jedem Kontinent anzuregen, die sich ihrerseits als Bestandteile des nächsten WSF 2003 in Porto Alegre verstehen sollen.

Sozialforen auf den Kontinenten

In Zukunft soll das Sozialforum auch regional auf den einzelnen Kontinenten zu einer breiten sozialen Bewegung gestaltet werden. Die derzeitige Globalisierung führt in den verschiedenen Regionen der Welt zu den unterschiedlichsten Formen sozialer Ausgrenzung und Verarmung großer Bevölkerungsteile – auch in Europa. Vom 7. bis 10. November 2002 findet daher im italienischen Florenz ein Europäisches Sozialforum (ESF) statt. Dazu gab es bereits im März in Brüssel und im Mai in Wien zwei Vorbereitungstreffen einer offenen europäischen Arbeitsgruppe. Attac Deutschland war mit dabei.

Dieses Forum soll ein öffentlicher Raum für alle gemeinschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen sein, die sich gegen die Auswirkungen des Neoliberalismus, seine imperial anmutenden Machtstrukturen und jegliche Art der Unterdrückung stellen und eine gerechte und gleichberechtigte Welt errichten wollen, die sich nach den menschlichen Grundbedürfnissen gründet. Gleichermä-

ßen wie das WSF wird auch das Europäische Sozialforum eine Globalisierung der Emanzipation und der menschlichen Werte einfordern, die in völligem Gegensatz zu den Vorstellungen und Forderungen des sogenannten globalen Kapitals stehen.

Bei dem Vorbereitungstreffen in Brüssel wurde auch der Vorschlag geäußert, das ESF als Startschuss für die Verfassung einer Grundrechtcharta aufzufassen, die insbesondere die Verteidigung von kollektiven wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechten beinhalten soll. Des weiteren sollen alternative ökonomische Strukturen diskutiert werden, die eine Herausforderung für die existierende wirtschaftliche Weltordnung darstellen sowie nationale, ethnische, religiöse und sexuelle Minderheiten in diesen Diskussionsprozess integriert werden.

Ergänzend zu diesem Aktivitätskatalog haben die italienischen Organisationen, die als Gastgeber des ESF fungieren, folgende Punkte als Rahmenprogramm des ersten Treffens angeregt:

- Formulierung einer Agenda zur Mobilisierung gegen Krieg, Militarisierung der Politik, der Waffenproduktion und des Waffenhandels in der EU.
- Schaffung einer Bürger-Charta für Europa, die sich als Gegenmodell zu den Verfassungsentwürfen der EU versteht.
- Definition der Rolle Europas in der Welt mit speziellem Augenmerk auf zentral- und osteuropäische Regionen sowie die Mittelmeerländer.
- Organisation von Kulturveranstaltungen und Massendemonstrationen auf neuen Wegen.

staltungen und Massendemonstrationen auf neuen Wegen.

Vorbereitungsgruppe in Deutschland gegründet

In vielen europäischen Ländern haben sich bereits länderbezogene Arbeitsgruppen gegründet, um die Vernetzung zum Sozialforum voranzutreiben und für das Forum in Florenz zu mobilisieren. In Deutschland steckt der Prozess noch in den Kinderschuhen. Am 1. Juni fand in Hannover ein erstes Vorbereitungstreffen statt, um diesen Vernetzungsprozess auch bei uns in Gang zu setzen und zu dem Europäischen Sozialforum im November in Florenz zu mobilisieren. Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen und Initiativen, die sich zu den Prinzipien des Weltsozialforums von Pôrto Alegre bekennen, kamen und gründeten eine „Vorbereitungsgruppe für ein Europäisches Sozialforum in Deutschland“. Sie beschlossen, sich aktiv an den programmatischen und organisatorischen Vorbereitungen für die europäische Großveranstaltung in Florenz zu beteiligen. Dazu will die Vorbereitungsgruppe in Deutschland mobilisieren.

Ziel dieser Vorbereitungsgruppe ist es ferner, einen Prozess anzustoßen, der auch in Deutschland ein breites Bündnis gesellschaftlicher Kräfte gestaltet, mit dessen Hilfe der Kampf für eine gerechtere Welt effektiver geführt und der Boden für gesellschaftliche Veränderungen vorbereitet werden kann.

Hugo Braun

Mitglied des Attac Koordinierungskreises

Das nächste Treffen dieser Vorbereitungsgruppe wird am 3. August wieder in Hannover stattfinden.

Kontakt: Kirsten Bredenbeck, KoBra, Telefon 07663-942001, kobra-mail@t-online.de



Foto: Felix Kolb

Auf nach Köln!

Aktionstag, Großdemonstration und Kundgebung am 14. September

Eine Woche vor der Bundestagswahl wird Köln zum Schauplatz einer anderen Politik. Wer auch immer der nächste Bundeskanzler sein wird, ob Schröder oder Stoiber: Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die weitere Demontage des Sozialstaats wollen beide fortsetzen. Es sei denn, wir machen Druck für eine Politik der Umverteilung und der sozialen Gerechtigkeit. Zusammen mit fünf Gewerkschaftsjugendverbänden ruft Attac am 14. September zu einem bundesweiten Aktionstag unter dem Motto "Her mit dem schönen Leben - Eine andere Welt ist möglich!" auf - das wichtigste Ereignis für Attac in diesem Jahr.

Die Zeit um den 14.9. wird hoch politisiert sein. Die Ergebnisse von vier Jahren rot-grüner Regierungspolitik und die "Alternativen" der anderen etablierten Parteien stehen zur Diskussion. Neben der Bundestagswahl beeinflussen verschiedene internationale Ereignisse die politische Auseinandersetzung. Während der Rio-plus-10-Konferenz in Johannesburg und dem G7-Gipfel in der USA wird unsere Kritik an der neoliberalen Globalisierung die öffentliche Diskussion mit bestimmen.

Entscheidend ist, die neoliberale Gesamtausrichtung der deutschen Regierungspolitik in den letzten 20 Jahren klar zu kritisieren. Die rot-grüne Bundesregierung hat die neoliberale "Modernisierung" der Kohl-Ära nahtlos fortgesetzt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland habe angeblich, heißt es von Regierungsseite, Sozialabbau und Lohnkürzungen, weitere Einschnitte bei den sozialen Sicherungssystemen und die steuerliche Entlastung von Konzernen und Vermögenden erfordert.

Die Senkungen bei Einkommens- und Gewinnsteuern haben jedoch nicht wie versprochen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit beigetragen, sondern diese verstärkt. Während Konzerne steuerliche Milliardeneschenke auf den internationalen Finanzmärkten anlegen, lassen Investitionen und neue Arbeitsplätze weiter auf sich warten. Gleichzeitig fehlen der öffentlichen Hand durch die massiven Steuerentlastungen neben dem Willen auch die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Doch anstatt das eigene politische Versagen einzugestehen, werden nun die Arbeitslosen selbst für ihre Situation verantwortlich gemacht.

Gegen Privatisierung und Zweiklassen-Medizin

Ein zentrales Thema von Attac wird am 14.9. die diskutierte Privatisierung im Gesundheitswesen sein. Vor der letzten Bundestagswahl hatten sowohl die SPD als auch die Grünen eine Rentenkürzung kategorisch ausgeschlossen und von ei-

ner Privatisierung war keine Rede. Zwei Jahre später war beides realisiert. Die gleiche Wahlkampfretorik wiederholt sich nun bei der Gesundheitspolitik. Deshalb ist es wichtig, rechtzeitig Druck zu machen, um eine Zweiklassenmedizin zu verhindern. Dem 14.9. kommt hier eine wichtige Rolle zu.

Der 14.09. soll auch unsere enge Kooperation mit der Friedensbewegung unterstreichen. Wir wenden uns entschieden gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik quer durch die Parteienlandschaft. Was vor wenigen Jahren noch undenkbar erschien, ist heute Realität geworden. Interventionen finden meistens dort statt, wo auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen, während Formen ziviler Konfliktlösung und -prävention stark in den Hintergrund getreten sind.

Aufstehen für einen Politikwechsel!

Es ist Zeit, für eine andere Politik aufzustehen! 16 Jahre Kohl und vier Jahre rot-grüne Politik haben uns gelehrt: Nicht das Kreuz auf dem Stimmzettel führt derzeit zu Veränderungen, sondern entscheidend ist, dass wir als breite Bewegung von unten Druck machen. Wir sollten die hochpolitisierte Zeit rund um den 14.9. nutzen, um unsere Forderungen nach einer ökologischen und sozial gerechten Globalisierung in die Öffentlichkeit zu tragen. Der zunehmende Einfluss von Finanzanlegern und transnationalen Konzernen muss unter eine demokratische Kontrolle gebracht werden. Die weitere Demontage der sozialen Sicherungssysteme, die Privatisierungen im Gesundheitswesen sowie das Austragen der Folgen weltweiter Migrationsbewegungen auf dem Rücken der MigrantInnen lehnen wir entschieden ab.

Gemeinsam mit den fünf Jugendorganisationen von Ver.Di, IG Metall, IG BAU, Transnet und NGG sowie der Anti-Atom-, Friedens- und Erwerbslosenbewegung mobilisiert Attac für den 14.9. nach Köln. Den Auftakt bilden dezentrale



Foto: Karsten Hennig

Widerstand braucht Phantasie! Kreativität ist auch für den Aktionstag am 14.9. gefragt.

Aktionen der genannten Organisationen und Bewegungen auf verschiedenen Plätzen von Köln. Hier ist unser aller Kreativität gefragt, um die zentralen Attac-Forderungen mit vielfältigen Aktionen in die Öffentlichkeit zu transportieren. Am frühen Nachmittag besteht die Möglichkeit, an einer Aktion der Gewerkschaftsjugendverbände teilzunehmen, die auf dem Rhein symbolisch das "Schiff des Neoliberalismus" entern wollen. Danach führt eine Sterndemonstration zur Abschlusskundgebung, die mit einem großen Konzert bis in den Abend gehen wird.

Am 14. September wollen wir ein deutliches Zeichen für einen grundlegenden Politikwechsel setzen. Doch ob uns das gelingt, hängt von dem Engagement aller ab. Kommen Sie nach Köln und beteiligen Sie sich an den vielfältigen Aktionen und der großen Abschlussdemonstration. Motivieren Sie Menschen aus ihrem Freundes- und Bekanntenkreis mit nach Köln zu fahren und machen Sie an öffentlichen Orten mit Flugblättern, Plakaten und Aufklebern auf den 14.9. aufmerksam. - Auf nach Köln: Eine andere Welt ist möglich!

Christoph Bautz
Öffentlichkeitsreferent Attac-Bundesbüro

Nähere Informationen im Internet:
www.attac-netzwerk.de/149

Druckfrische Flugblätter, Plakate und Aufkleber zum 14.9. können im Internet oder mit dem Coupon auf der Rückseite des Rundbriefs bestellt werden.

PRO

Die Debatte: Rio + 10 - Was bringt der Weltumweltgipfel in Johannesburg (26.8. - 4.9.)?

Give me hope, Jo'anna!

Global reden, national aufschieben – es braucht keine sonderlich böse Zunge, um das Verhalten vieler Staaten bei den Verhandlungen über nachhaltige Entwicklung so zu umschreiben. Was nützen aufwändige Konferenzen und mehr oder weniger wohlklingende Abkommen, wenn am Ende doch jeder macht, was er will? Ist es sinnvoll für Nichtregierungsorganisationen, sich überhaupt daran zu beteiligen?

Diese Frage stellt sich ganz besonders vor dem bevorstehenden Weltumweltgipfel in Johannesburg. Denn obwohl ein gutes Ergebnis angesichts der globalen Probleme dringend notwendig wäre, gibt der bisherige Verlauf der Vorbereitungen wenig Grund zur Hoffnung.

Rio - ein historischer Gipfel...

Der erste Weltumweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 hatte historische Bedeutung. Erstmals gaben die Industrieländer zu, dass ihre Produktions- und Konsummuster für die Überlebenskrise der Menschheit verantwortlich sind. Gleichzeitig wurden Umwelt und Entwicklung endlich zusammen gedacht und den Entwicklungsländern bessere Chancen in Aussicht gestellt.

Die Umweltbewegung hatte maßgeblichen Anteil an diesem Erfolg. Sie hatte Alarm geschlagen, als Umweltprobleme von den Regierungen noch gar nicht wahrgenommen wurden. Und sie hatte Konzepte für einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen entworfen. Doch die schwerste Aufgabe stand erst bevor: Das über Jahre gewachsene Bewusstsein für ökologische Probleme und die Aufbruchstimmung von Rio mussten in konkretes Handeln umgesetzt werden.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat sich dafür von Anfang an engagiert. Noch Ende 1992 gründeten wir zusammen mit anderen Verbänden das Forum Umwelt & Entwicklung, um den Rio-Folgeprozess in Deutschland voranzutreiben. 1996 veröffentlichten wir zusammen mit Misereor die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ und lösten damit eine breite gesellschaftliche Debatte über die Perspektiven einer global nachhaltigen Entwicklung aus. 2001 bauten wir zusammen mit unseren internationalen Partnern von Friends of the Earth auf dem Klimagipfel in Bonn ein riesiges Klima-Ret-

tungsboot und trugen so dazu bei, dass die Verhandlungen nicht vollends scheiterten.

...mit wenig konkreten Konsequenzen

Trotz solcher Bemühungen blieben die Versprechen von Rio weitestgehend unerfüllt. Die Agenda 21, das Abschlussdokument des Gipfels, wurde als Fahrplan für das 21. Jahrhundert gefeiert – und doch nicht umgesetzt. Nach wie vor sind 1,2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Der Ausstoß klimaschädlicher Gase stieg weltweit um 9 Prozent (2001), anstatt auf das Maß von 1990 zurückzugehen. Fast jeder zweite Mensch muss mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen. Von dem Ziel, 0,7 Prozent ihres Brutto sozialprodukts für Entwicklungsprojekte aufzubringen, haben sich die Industrienationen immer weiter entfernt. Deutschland liegt derzeit bei 0,27 Prozent.

Für die mangelnden Fortschritte seit Rio gibt es Gründe. Um aus der Agenda 21 mehr als eine schöne Absichtserklärung zu machen, hätte sie mit verbindlichen Zeitplänen, Kontrollinstanzen, Sanktionsmechanismen und Finanzquellen versehen werden müssen. So aber blieb es ohne Folgen, als die Politik sich im Laufe der neunziger Jahre zusehends vom Ziel der nachhaltigen Entwicklung verabschiedete und stattdessen unter der Leitung der WTO einen Kurs der wirtschaftlichen Entgrenzung einschlug. Während der Freihandel ausgeweitet wurde, kamen globale ökologische Vereinbarungen nur noch stockend voran.

Auch die Vorbereitungen für Johannesburg, bei denen der BUND im Namen von Friends of the Earth intensive Lobbyarbeit leistet, stecken in der Krise. Die Delegationen sind nicht in der Lage, sich im Vorfeld auf einen griffigen Verhandlungstext zu einigen. Allen voran sträuben sich die USA, tatkräftig unterstützt von Kanada, Australien und den OPEC-Staaten, gegen jede internationale Verpflichtung, die den Planeten und die Zukunft der Menschheit schützen könnte. Die EU-Länder, die noch im Klimaprozess eine Führungsrolle eingenommen hatten, treten erschreckend unkoordiniert und zurückhaltend auf. Unter diesen Umständen ist es sogar besser, wenn vor Johannesburg keine Einigung erzielt

wird.

Der BUND kämpft mit Friends of the Earth für einen Umweltgipfel, der die Ursachen der zunehmenden Armut und Umweltzerstörung benennt und ein zukunftsfähiges Aktionsprogramm für die nächsten Jahre festlegt. Dazu gehört für uns, dass Umweltabkommen immer Vorrang vor Handelsabkommen haben. Für diese Position hat Friends of the Earth kürzlich in einer Stellungnahme geworben, die mittlerweile von 167 Nichtregierungsorganisationen aus 52 Ländern unterschrieben wurde. Auch von EU-Handelskommissar Pascal Lamy wurde sie ausdrücklich begrüßt.

In einer breit angelegten Johannesburg-Kampagne fordert der BUND darüber hinaus eine Konvention zur Unternehmensverantwortung. Denn die negativen Entwicklungen seit Rio sind nicht zuletzt auf das Fehlverhalten internationaler Großkonzerne zurückzuführen. „Global Players“ müssen durch globale Regeln verpflichtet werden, umfassend über die ökologischen und sozialen Folgen ihres Tuns zu berichten. Im Streitfall müssen sie in ihren Heimatländern verklagt werden können. Zugleich sollen Anwohner und Gemeinden ein verbrieftes Recht auf die natürlichen Ressourcen erhalten, die sie für eine gesunde und nachhaltige Lebensweise benötigen.

Lobbyarbeit - damit die Chance von Johannesburg genutzt wird

In Johannesburg kommt es darauf an, dass die EU-Länder zusammen mit den Ländern des Südens die Initiative ergreifen. Unverbindliche Einzelinitiativen von Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft reichen nicht aus. Die Teilnehmerstaaten müssen der Globalisierung klare soziale und ökologische Grenzen setzen. Nur dann wird Johannesburg 2002 ähnliche Bedeutung erlangen wie Rio 1992. - Auf alle Fälle lohnt es sich, für einen solchen Ausgang zu streiten. Eine Chance wie Johannesburg gibt es nicht alle Tage.

Dr. Angelika Zahrt, BUND-Bundesvorsitzende

Weitere Informationen gibt es auf der internationalen BUND-Kampagnenseite für Johannesburg:

www.rio-plus-10.org

Die Debatte: Rio + 10 - Was bringt der Weltumweltgipfel in Johannesburg (26.8. - 4.9.)?

Bewegung stärken statt falsche Hoffnungen wecken

CONTRA

Alle großen NGOs im Bereich Umwelt und Entwicklung drucken Flugblätter, Plakate und füllen ihre Mitglieder-magazine mit großen Artikeln zur internationalen Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Johannesburg. „Give me hope Jo'anna“ titelte das letzte BUND-magazin.

Schon vergessen? Vor zehn Jahren brachte die Rio-Konferenz die Agenda 21 auf den Weg. Weltweit genoss das Thema Umwelt einen Höhepunkt an Aufmerksamkeit. Schon die Agenda war bei näherer Lektüre ein unerträgliches Dokument: Gen-, Atom- und Biotechnologie sollten den Weg in eine ökologische Zukunft weisen. Ein Bruch mit dem Wachstumsparadigma fand nicht statt. Was danach folgte, war für Umwelt und Entwicklung noch verheerender. Denn die globalen Umweltprobleme wie Treibhauseffekt, Regenwaldzerstörung, Überfischung und Wasserknappheit haben sich durchweg verschlimmert. Die kleinen Erfolge lokaler Agenda-Projekte und ökologische Vorzeigeprojekte konnten daran nichts ändern.

Die Geschwindigkeit der Zerstörung nimmt zu. Ein wichtiger Grund dafür: Zu den globalen Umweltproblemen kamen noch die Umweltprobleme durch die Globalisierung. Die zunehmende Internationalisierung ließ den Energieverbrauch für Luftverkehr und internationalen Schiffsverkehr in die Höhe schnellen. Das Internet und die neuen Kommunikationstechnologien fressen immer größere Teile des Weltenergieverbrauchs. Seit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 steht der Freihandel über ökologischen Verträgen. Immer wieder zwingt der Internationale Währungsfond (IWF) die Entwicklungsländer zu einer gnadenlosen Exportorientierung beim Abbau von Rohstoffen und zur Umstellung auf landwirtschaftliche Exportprodukte. Umweltzerstörung ist überall die Folge. Kann der Gipfel in Johannesburg daran etwas ändern?

Gut, dass wir mal drüber gesprochen haben...

Die vielen öffentlichen Diskussionen und die mediale Aufmerksamkeit für den Zusammenhang zwischen Entwicklungs- und Umweltkrise sind sicher positiv. Unzählige Veranstaltungen werden zu diesem Thema auch bei uns stattfinden. At-

tac sollte diese Veranstaltungen nutzen, um auf unsere Forderungen zur Zivilisierung der Globalisierung hinzuweisen. Große Erwartungen an und Hoffnungen für die Johannesburg-Konferenz sollten wir dagegen nicht wecken. Multilaterale Vereinbarungen im Interesse von Umwelt und Entwicklung haben schon vor Johannesburg ihre derzeitigen politischen Schwierigkeiten bewiesen. Die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im mexikanischen Monterrey endete mit Belanglosigkeiten und vor allem mit einem „gut, dass wir darüber gesprochen haben“. Ein Verbot von Landminen, weitergehende Kinderrechte, die Einschränkung von Biowaffen und etliche weitere Beispiele ergänzen die Liste des Scheiterns. Die Klimakonvention von Kyoto kam immerhin zu einem Beschluss. Im Kleingedruckten ermöglicht er jedoch den Industrieländern so weiterzuwirtschaften wie bisher. Von den notwendigen CO₂-Einsparungen von 90 Prozent ist nichts zu sehen. Solange sich die Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Nationalstaaten nicht grundlegend verändert haben, ist von der internationalen Ebene nicht viel zu erwarten.

Nationale Machtverhältnisse bestimmen internationale Politik

Viele ernüchterte UmweltschützerInnen erhoffen sich jedoch fälschlicherweise, auf der internationalen Ebene den Lebensstilwandel durchsetzen zu können, für den wir in den Industriestaaten derzeit keine Mehrheit haben. Dahinter steht ein falsches Verständnis internationaler Politik. Dort wird letztlich nur umgesetzt, was die mächtigsten nationalen Akteure wollen. Die ernüchternde Bilanz internationaler Abkommen zeigt daher, dass unsere Koalitionen auf der nationalen Ebene noch viel zu schwach sind.

Statt unseren Politikern viele gut gemeinte Ratschläge und Wünsche mit nach Südafrika zu geben, sollten wir unsere Hausaufgaben hier erledigen. Die Ökologiebewegung sollte sich verstärkt in die neue globale Protestbewegung einbringen. Diese Bewegung ist aus ökologischer Sicht eine große Chance. Umweltfragen sind ein logischer Bestandteil der globalisierungskritischen Agenda. Mit Hilfe dieser neuen Bewegung könnte eine ganz neue Politisierung globaler

ökologischer Fragen gelingen.

Eine solche Beteiligung fällt der Umweltbewegung in Deutschland jedoch schwer. Viele Umweltgruppen haben das Protestieren mit vielen Menschen längst verlernt. Auch ökonomische Fragestellungen sind vielen lokalen Öko-Gruppen weitgehend ein Buch mit sieben Siegeln. Die bisher schwache Beteiligung ökologischer Gruppen an der großen globalisierungskritischen Koalition ist für die bundesrepublikanische globalisierungskritische Bewegung allerdings ein großer Mangel. Umweltgruppen könnten gemeinsam mit entwicklungspolitischen Gruppen eine sehr wichtige Wächterrolle spielen. Sie sollten dafür sorgen, dass der sich nun langsam anbahnende wirtschaftspolitische Kurswechsel die Interessen von Natur und Entwicklungsländern nicht vergisst. Das gilt sowohl für die globalisierungskritische Bewegung als auch für den öffentlichen Diskurs. Auch wenn von den Verhandlungen in Johannesburg nicht viele Ergebnisse zu erwarten sind, muss die Umweltbewegung nicht verzagen. Auch angesichts der Globalisierung ist ein grundlegendes ökologisches Umsteuern in den Industrieländern möglich. Die Umstellungskosten sind verhältnismäßig gering und gesamtwirtschaftlich eher ein Vorteil. Anders als z.B. die Besteuerung von Kapitaleinkünften ist Umweltpolitik weiterhin eine nationale oder doch europäische Veranstaltung.

Bewegung für ökologisches Umsteuern

Die globalen Umweltprobleme lassen sich durch das Handeln auf nationaler Ebene alleine freilich nicht lösen. Dazu braucht es eine starke internationale Bewegung, die eine internationale Regulierung durchsetzt. Ein grundlegendes ökologisches Umsteuern auf nationaler wie internationaler Ebene wird nur in Konfrontation mit den Interessen der großen multinationalen Unternehmen gelingen. Für diese Konfrontation braucht die Umweltbewegung ein breites Bündnis für Alternativen zur neoliberalen Politik.

*Sven Giegold
Mitglied des Koordinierungskreises von
Attac Deutschland*

General Agreement on Trade in Services (GATS): Die Liberalisierungsoffensive der EU

Der 16. April war ein schwarzer Tag für die EU-Kommission. Stellten doch Attac und die Amsterdamer Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) vertrauliche Verhandlungsdokumente ins Internet. In den durchgesickerten Papieren fordert die EU für die laufende Neuverhandlung des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS eine radikale Marktöffnung in 29 Industrie- und Entwicklungsländern. Keinen Stein ließen die Brüsseler Freihändler auf dem anderen bei ihrer Suche nach neuen Märkten für die europäische Dienstleistungsindustrie. Akribisch werden für jedes der 29 Länder noch die letzten möglichen Handelshemmnisse aufgelistet, die nach dem Willen der EU zu beseitigen sind. Elf verschiedene Dienstleistungssektoren stehen auf der Wunschliste, darunter freiberufliche und unternehmensnahe Dienste, Bau- und Finanzdienstleistungen, Groß- und Einzelhandel, Tourismus und Transport. Aber auch die in vielen Ländern noch staatlich geschützten Bereiche wie Post und Telekommunikation, Abfallbeseitigung und Recycling, Wasser- und Energieversorgung sollen für rosinenpickende Multis aus Europa geöffnet werden.

Ein Klon des MAI

Bei Durchsicht der EU-Forderungen wird klar, dass das GATS zu Recht als „Klon“ des 1998 gescheiterten multilateralen Investitionsabkommens (MAI) bezeichnet wird. Durchgängig verlangt die EU, dass gerade entwicklungspolitisch sinnvolle Auflagen gegenüber ausländischen Investoren geschleift werden. So erlauben viele Länder keine Übernahmen sondern lediglich Gemeinschaftsunternehmen mit lokalen Firmen, was einheimische Beschäftigung sichern und einen Technologietransfer ermöglichen soll. Manche Länder versuchen marktbeherrschende Stellungen zu verhindern, indem sie die Anzahl von Zweigstellen begrenzen, die ein ausländischer Konzern errichten darf. Andere Beschränkungen betreffen die Höhe ausländischer Beteiligungen, den Rücktransfer von Gewinnen oder den Erwerb von Grund und Boden. Die EU aber fordert, dass all diese durchaus sinnvollen Investitionsauflagen beseitigt werden.

Weitreichende Lockerungen erwartet die EU auch von Ländern, die sich mithilfe konsequenter Kapitalverkehrskon-

trollen gegen die Ansteckung durch die asiatische Finanzkrise von 1997/98 schützen konnten, wie z.B. Indien, Malaysia und China. So soll Malaysia den Handel mit der inländischen Währung Ringgit und mit Fremdwährungen vollständig freigeben, obwohl gerade Beschränkungen des Devisenhandels eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen Finanzkrisen darstellen. Von Indien und China verlangt die EU die Zulassung äußerst riskanter Finanzinstrumente, der sogenannten Derivate. Der Großteil der Derivate wird nicht aufsichtlich reguliert und hat schon häufig bei Finanzcrashes eine Rolle gespielt. Die Philippinen sollen gar den Offshore-Töchtern ausländischer Banken, diese haben ihren Sitz für gewöhnlich in vollkommen unregulierten Steueroasen, Geschäfte in einheimischer Währung ermöglichen. Gerade auf diesem Weg finden aber die krisenverschärfenden Spekulationen gegen Schwachwährungen statt.

Öffentliche Versorger unter dem Hammer

Auch in umweltpolitisch sensiblen Bereichen kennt der europäische Exporthunger keine Grenzen. Weitreichende Marktöffnungen streben die europäischen Unterhändler beispielsweise im Energiesektor an, ein Bereich, der bisher noch gar nicht als eigenständiger GATS-Sektor existiert. Die Wunschliste umfasst die Erkundung potenzieller Energiequellen, den Bau von Anlagen und Pipelines, den Handel mit Energieprodukten sowie die Stilllegung von Produktionsstätten. Auch die Wasserversorgung ist ins Visier von Kommission und Industrie geraten. Zu den einflussreichen Lobbyisten gehören hier nicht nur die französischen Weltmarktführer Vivendi und Suez, sondern auch deutsche Firmen wie RWE, AquaMundo, die E.ON-Tochter Gelsenwasser oder Berlinwasser International. Deren gemeinsames Interesse ist, dass Investitionshemmnisse auf den ausländischen Wassermärkten fallen.

Die EU fordert in ihren GATS-Dokumenten daher die vollständige Marktöffnung für Wassersammlung, Wasserklämung und Vertrieb sowie für die Bereitstellung sanitärer Anlagen.

Profitmaximierung versus Grundversorgung für alle

Qualitative Aspekte, wie der kostengünstige Zugang zu lebensnotwendigen und hochwertigen Diensten, spielen dabei im Kalkül der Kommission keine Rolle. Es ficht sie nicht an, dass arme Bevölkerungsgruppen mangels Kaufkraft keine attraktive Zielgruppe privatwirtschaftlicher Unternehmen sind, und dass die Gewinnerwartungen der privaten Betreiber immer wieder in Konflikt zu einer kostengünstigen Grundversorgung geraten.

Umso ermutigender aber, dass sich in vielen Ländern der Widerstand gegen die ungehemmte Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte formiert. Auch in der Bundesrepublik laufen Vorbereitungen für eine Kampagne gegen das GATS. Zu einem ersten Bündnistreffen haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), das Netzwerk „Education is not for sale“, WEED und Attac für den 9. Juni nach Hannover eingeladen.

Thomas Fritz

WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Berlin

Weitere Infos im Internet unter:
www.attac-netzwerk.de/gats



Bildung als internationale Handelsware?

GEW kritisiert Liberalisierung im Bildungsbereich im Rahmen des GATS

Sinn und Zweck des GATS (General Agreement on Trade in Services) ist die stetig steigende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen. Dieser Dienstleistungshandel ist in 12 Sektoren unterteilt. Im Sektor 5 werden Bildungsdienstleistungen aufgeführt. Und zwar als:

- Primäre Bildungsdienstleistungen (vor-schulischer Bereich)
- Sekundäre Bildungsdienstleistungen (schulische und berufsbildende Angebote unterhalb der Hochschulen)
 - Höhere (tertiäre) Bildungsdienstleistungen (z.B. Berufs- und Universitätsausbildungen)
- Erwachsenenbildung (allgemeine Bildung und berufliche Bildung)
- andere Bildungsdienstleistungen (spezielle Angebote im primären und sekundären Bereich).

Die im Art.I des GATS genannten vier Erbringungsarten (Modes) bedeuten für den Bildungsbereich dabei:

- **Mode 1:** Grenzüberschreitende Erbringung, z. B. E-Learning über das Internet, virtuelle Universitäten
- **Mode 2:** Nutzung im Ausland, z. B. ausländische Studierende in Deutschland oder deutsche Studierende im Ausland
- **Mode 3:** Kommerzielle Präsenz, z. B. Zweigniederlassungen von Universitäten im Ausland oder Sprachschulen
- **Mode 4:** Präsenz natürlicher Personen, z. B. muttersprachliches Lehrpersonal an einer (Sprach)schule

Im Bildungsbereich besteht das Problem zur Zeit nicht in erster Linie in dem, was das GATS bereits bewirkt hat, sondern im Potenzial dieses Abkommens. Die Liberalisierungen der EU und die Bestrebungen des GATS ergänzen sich.

Bereits mit der „Bologna-Erklärung“ von 1999 wurde die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes beschlossen. Die Bildungsminister der EU vereinbarten darüber hinaus bei ihrem Prager Treffen 2001 weitere Schritte zur Vertiefung der europäischen Hochschulkooperation.

Die EU hat für den Sektor 5 in fast allen Bildungsbereichen Verpflichtungen im Rahmen des GATS übernommen. Einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen können nicht mehr rückgängig gemacht werden, es sei denn durch sogenannte „Kompensationsgeschäfte“. Diese bestehen entweder in (Entschädigungs-)Zahlungen an einen Handelspartner, der laut GATS-Vertrag benachteiligt wird, oder in der Liberalisierung eines weiteren Sektors. Es handelt sich aber in jedem Fall um einen dauerhaften Verlust staatlicher Regelungskompetenzen.

Bereits jetzt zeichnet sich im Bereich der Hochschulen eine kritische Tendenz ab. Schaut man auf die Website der International University Bremen (www.uni-bremen.de), so wird deren Gründung nicht nur mit den schlechten Bedingungen an den staatlichen Universitäten gerechtfertigt, sondern es wird offensiv damit geworben, dass sie anders als andere Universitäten in Deutschland sei. Nicht nur die Eigenständigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist gefährdet, sondern auch die Unabhängigkeit der Forschung von den Gewinninteressen der Wirtschaft. Wenn Forschungsaufträge von der Industrie vergeben werden, können sie durchaus schon einmal Ergebnisse wie die einer Gesundheitsstudie an der kalifornischen Davis-University im Jahr 2000 zeitigen. Sie besagte, dass Schokoladenverzehr gesund für das Herz sei. Später stellte sich heraus, dass die Studie von der Firma Mars finanziert worden war, berich-

tete „Die Zeit“ in dem Artikel „Zwischen Humboldt und Coca-Cola“ vom 9. August 2001.

Aber dies ist nur eine Seite der Medaille. Ein weiteres Problem ist die unsoziale Auslese. Wenn, wie an der IUB, Studiengebühren von ca. 15.000 Euro pro Jahr verlangt werden, so ist wohl kaum davon auszugehen, dass Jugendliche aus einkommensschwachen Familien hier einen adäquaten Zugang haben werden – trotz der Werbung mit Stipendien. Hinzu kommt, dass sich die Arbeitsbedingungen des Personals mit der zunehmenden Privatisierung von Bildungseinrichtungen verschlechtern: Fristverträge, Gehaltseinbußen oder die Senkung der Qualifikationsanforderungen liegen nahe.

Ein letztes Beispiel aus dem universitären Bereich: Die virtuelle afrikanische Universität zeichnet sich dadurch aus, dass die Lehrprogramme im Internet auf Englisch und Französisch angeboten werden. Entwickelt werden sie in den USA, Großbritannien, Belgien und Frankreich. Die Frage nach der kulturellen Identität der afrikanischen Studentinnen und Studenten ist in diesem Zusammenhang zu stellen, aber wohl kaum befriedigend zu beantworten. Qualitätsstandards entziehen sich damit nationalen Regelungsmöglichkeiten.

Der Generalsekretär der Bildungsinternationale (BI) - ein Zusammenschluss von 309 Gewerkschaften mit insgesamt 24,5 Millionen Mitgliedern aus dem Bildungsbereich - Fred van Leeuwen, hat die Sache folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Unsere Erfahrung ist, dass Regierungen immer weniger bereit sind, die notwendigen Ressourcen bereit zu stellen. Stattdessen ermutigen sie den privaten Sektor, sich einzumischen oder, wenn Sie so wollen, sich einzuschleichen. Was uns dabei Sorgen macht, ist das immer wiederkehrende Muster. Es beginnt meist mit der Deregulierung, mit der Verlagerung der Verantwortlichkeiten auf die lokale und schulische Ebene. Deregulierung als solche ist nicht unbedingt schlecht, denn sie kann dazu beitragen, unnötige Bürokratien abzubauen und lokale Spezifika besser zu berücksichtigen. Aber Deregulierung heißt meistens, dass die lokale Schule - zumindest für einen Teil ihres Budgets - selbst sorgen muss. Das führt dann zur zweiten Phase, in der Schul- oder Studiengebühren eingeführt werden - und die werden dann später er-

Prinzipien des GATS:

1. Das **Meistbegünstigungsprinzip** bedeutet, dass alle einem Land gewährten Vergünstigungen auch allen anderen WTO-Mitgliedsländern garantiert werden müssen.

2. Der **Grundsatz der Inländerbehandlung** heißt, zwischen Gebietsfremden und Gebietsansässigen darf auf einem bestimmten Markt nicht diskriminiert werden. So müssen z. B. Zulassungsverfahren zur Anerkennung als Bildungsträger für aus- und inländische Anbieter gleich sein.

3. Die **Transparenz** staatlicher Regulierung verpflichtet die Mitgliedsländer dazu, jegliche Änderungen von Gesetzen, Vorschriften oder Verwaltungsrichtlinien, die die Regulierung des Diensthandels betreffen, einmal pro Jahr der WTO bekannt zu geben.

hört. In Phase drei werden private Sponsoren gebeten, sich an der Ausstattung der Schule zu beteiligen oder Gehaltszulagen für Lehrer zu finanzieren. Das führt dann allzu leicht zur Phase vier, in der es dann eine Art duales System gibt, bestimmt von Konkurrenz, Selektion und Ungleichheit.“ (Auszug aus einer Rede, gehalten anlässlich der Konferenz „Zukunft für Bildung“ im Oktober 2001 in Berlin).

Das beschriebene Szenario ist typisch für Drittweltländer als Folge der Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und IWF. Dennoch lassen sich entsprechende Tendenzen auch für den europäischen Bildungsraum daran ablesen.

Positionen und Forderungen der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Werte wie der freie Zugang für alle zu den Bildungseinrichtungen, Chancengleichheit, demokratische Rechte der Bildungsteilnehmer und -teilnehmerinnen und die kulturelle Selbstbestimmung einer Nation sind Grundwerte eines demokratischen Bildungswesens. Die positiven Effekte einer Internationalisierung von Bildung, wie z. B. die Öffnung von Bildungseinrichtungen für ausländische Studierende sowie der Austausch von Bildungsangeboten, die für alle offen stehen, dürfen nicht durch einen globalen Bildungsmarkt, dessen Hauptinteresse in der Profitmaximierung besteht, konterkariert werden. Eine schleichende Privatisierung des Bildungswesens durch Ge-

bühren und Rückzug aus der öffentlichen Verantwortung lehnt die GEW ab, weil sie der erste Schritt zur Verfestigung sozialer Ungleichheiten sind. Deshalb muss Transparenz über die Verhandlungen und die Positionen Deutschlands und der EU hergestellt werden.

Bis Ende Juni 2002 müssen der WTO die Forderungskataloge gegenüber Drittstaaten vorliegen, bis März 2003 die Liberalisierungsangebote. Bisher gibt es nach Aussagen des Bundeswirtschaftsministeriums aus Deutschland keine bildungspolitischen Forderungen, wohl aber von Seiten der Niederlande und Großbritanniens. Dass Deutschland noch nicht agiert hat, liegt daran, dass es dazu bisher keine abgestimmte Position in der Bildungspolitik, in der Kultusministerkonferenz oder in der Bund-Länder-Kommission gibt. Diese Position muss allerdings so schnell wie möglich, und zwar unter Einbezug der Betroffenen, einschließlich der Gewerkschaften, in einem transparenten Prozess entwickelt werden. Derzeit sind in erster Linie die Liberalisierungsbefürworter beteiligt: das 1999 gegründete European Service Forum (EFS), eine private Organisation der Dienstleistungswirtschaft, berät die verhandlungsführende EU-Kommission, US-amerikanische und europäische Industrievertreter koordinieren sich im Transatlantic Business Dialogue (TABD).

Die Europäische Kommission hatte bereits im Oktober 2001 eine vertiefte

Untersuchung des Bildungssektors im Zusammenhang mit dem GATS angekündigt. Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung liegen bis heute nicht vor, obwohl die Verhandlungen darüber voranschreiten.

Die GEW fordert zusammen mit der BI, dass die Umwandlung von Bildung als öffentliche Dienstleistung zur Handelsware privater Anbieter nicht durchgesetzt werden darf. Somit ist Bildung aus dem Geltungsbereich des GATS herauszunehmen bzw. zumindest durch ein zehnjähriges Moratorium zu schützen, bis Klarheit über potentielle Folgen der angestrebten Liberalisierungen besteht. Nationale Regierungen müssen - unabhängig von Handelsabkommen zur Marktliberalisierung - die Kompetenz und Verantwortung über das Bildungswesen behalten und Bildung im öffentlichen Interesse regeln können. Dies trifft für Entwicklungsländer ebenso zu wie für Industrienationen.

Christel Faber
Referentin beim Hauptvorstand der GEW

Einen tieferen Einblick in die Thematik vermittelt das Gutachten von Prof. Dr. Christoph Scherrer u.a. für die Max-Traeger-Stiftung: „GATS - Verhandlungsrunde im Bildungsbe- reich“, erschienen im April 2002. Im Internet ist die Studie unter <http://www.bayern.gew.de/gew/Landesverband/Material/gats/gutachten.htm> abrufbar.

Die Zahlungen gehen weiter, das Elend wird größer

In Argentinien sind Auslandsschulden privater Firmen und Spekulanten eine Ursache für die Staatskrise und die Armut der Bevölkerung

Die zunehmende Verschlechterung der sozialen Situation der argentinischen Bevölkerung ging Hand in Hand mit der stetig ansteigenden Auslandsverschuldung. Nach dem Ende der Militärdiktatur 1983 musste die neue demokratische Regierung von Raul Alfonsin die illegitimen Schulden der Militärdiktatur anerkennen und zum ersten mal ein Schuldenmoratorium erklären. Es kam nicht zu einem Schuldenerlass, sondern zu einer Umschuldung, die unter Wahrung der Interessen der Gläubiger das Problem in die Zukunft verlagerte.

Die restriktive Wirtschaftspolitik unter dem folgenden Staatspräsidenten Menem (1989-1999) brachte unter neoliberalen Vorzeichen einen exponentiellen Anstieg der Auslandsverschuldung von

58,6 Mrd. (1991) auf 144,7 Mrd. US-Dollar (1999) mit sich. Die Arbeitslosigkeit, die zu Beginn der steigenden Auslandsverschuldung in den 70er Jahren bei durchschnittlich 6 Prozent lag, war in den 80ern auf 8 Prozent gestiegen und wuchs nun mit der Beschleunigung der Verschuldung in den 90ern auf 14 Prozent an. Beim aktuellen Schuldenstand von Rund 150 Mrd. US-Dollar liegt die Arbeitslosigkeit bei über 20 Prozent.

Die Zusammenhänge sind banal: Mit zunehmender Verschuldung stieg der Anteil des Schuldendienstes (Zins und Tilgung) am Staatshaushalt. Zu Gunsten der Schuldendienstzahlungen musste im öffentlichen Sektor immer mehr gespart werden, sei es durch Entlassungen, Lohn- und Rentenkürzungen oder geringere In-

vestitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor. Diese Entwicklung wurde Mitte der 90er Jahre nur für einen kurzen Zeitraum gebremst, als nach der 1:1-Bindung des Peso an den Dollar die Inflation besiegt schien und mit dem Ausverkauf des Staates (Privatisierung) Investitions- und Spekulationskapital ins Land strömte.

Argentinien hat unter der Last der



Graphik: Südwind

Schulden und der dadurch entstandenen Abhängigkeit von Liberalisierungs- und Deregulierungsprogrammen des IWF ehemals profitable Unternehmen zu Schleuderpreisen veräußern müssen, letztlich auch, um seine Schuldendienstzahlungen überhaupt noch leisten zu können.

Da die Auslandsverschuldung eine Hauptursache für die Krise in Argentinien ist, müssen zu ihrer Lösung neue Entschuldungsverfahren gefunden werden. Die Lasten der Krise müssen auf alle Gläubiger verteilt werden. Es ist also wichtig, die Struktur der Auslandsverschuldung zu kennen: Die rund 150 Mrd. US-Dollar lassen sich wie folgt aufschlüsseln: Der öffentliche Sektor ist mit 62 Prozent am höchsten gegenüber dem Ausland verschuldet, es folgen der Privatsektor mit einem Anteil von 24 Prozent und der Finanzsektor mit 14 Prozent.

Wer aber sind die Gläubiger? Mit welchen Interessensgruppen muss verhandelt werden, um ein wirkungsvolles Verfahren zur Entschuldung Argentiniens zu erreichen?

Von über 90,6 Mrd. US-Dollar Schulden des öffentlichen Sektors sind 58 Prozent Bonds und Staatsanleihen. Damit sind die Inhaber solcher Bonds die wichtigste Schuldnergruppe. Mit ihnen kann aber kaum verhandelt werden, da sie im Gegensatz zu öffentlichen, bilateralen und Privatbanken nicht in einem Gläubigerkartell zusammengeschlossen sind. Sie haben aber die Möglichkeit (als kleine Interessengemeinschaften oder Einzelgläubiger), ihre Ansprüche in New York bzw. London einzuklagen und zur Wahrung ihrer Interessen argentinisches Vermögen enteignen zu lassen.

Die Auslandsschulden privater Firmen und Spekulanten (ca. 36 Mrd. der rund 150 Mrd. US-Dollar) sollten aus der Debatte um Schuldenerlass ausgeklammert werden. Zwar würde die Zahlungsbilanz des Landes durch einen umfassenden Erlass auch für Privatunternehmen besser aussehen; wie aber sind diese Schulden zustande gekommen? Die Liberalisierung des Finanzmarktes ermöglichte eine „legale“ Kapital- und Steuerflucht. Viele Privatunternehmen nahmen Kredite auf, gaben private Bonds und Schuldtitel aus und legten dieses Kapital im Ausland an, ohne in Argentinien zu investieren. Dieses Geld ist nach wie vor vorhanden und bringt Einzelnen hohe Renditen auf ausländischen Konten. Ein Erlass dieser Schulden würde einen mehrfachen Gewinn für die Spekulanten bedeuten. Es werden also Lösungen zur Kapitalrückführung benötigt, um die ursprünglich mit den Krediten verbundenen Investitionen zu realisieren. Stattdessen wurde

Ende Mai 2002 als Bedingung des IWF ein einmaliges Gesetz gestrichen, das seit 1974 die Möglichkeit bot, Unternehmen, die ihre Gewinne ins Ausland transferieren, zu bestrafen. Dieses Gesetz schreckte Investoren ab, so der IWF.

Ein weitgehender Schuldenerlass für den öffentlichen Sektor ist hingegen eine unbedingte Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung und Stabilisierung des Landes. In den sehr unterschiedlichen Protestbewegungen ist man sich zumindest in diesem Punkt einig: Die Schulden sollen nicht bezahlt werden. Die Verhandlungen mit dem IWF haben gezeigt, dass dort zwar neuerdings viel über ein Insolvenzverfahren für zahlungsunfähige Staaten nachgedacht wird, der Fall Argentinien aber mit den alten neoliberalen Mitteln einer noch weiterreichenden Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung behandelt werden soll. Argentinien leistete Mitte Mai eine Zahlung in Höhe von 680 Mio. US-Dollar an die

Weltbank, gleichzeitig fehlt das Geld für Arbeitsprogramme und Sozialfonds. Auch für die übrigen Gläubiger steht das Schuldenmoratorium vom Dezember nur auf dem Papier: Argentinien leistet weiterhin ca. 80 Prozent seiner Schuldendienstzahlungen.

Arbeitslosenbewegung (Piqueteros) und Stadtteilversammlungen (Asambleas) entwickeln Überlebensstrategien, zu denen auch die viel beachteten Tauschringe gehören. Trotzdem erreichen uns aus einem ehemaligen „erste Welt Land“ die ersten Berichte von an Unterernährung gestorbenen Kindern. Sie sind nicht Opfer eines Krieges oder einer Naturkatastrophe. Die argentinische Bevölkerung muss nun die Folgen neoliberaler Globalisierung ausbaden.

Pedro Morazán, Sebastian von Eichborn, Südwind



Foto: Bet Rosinol

„Cacerolazo“ in Barcelona unter dem Motto „Todos somos Argentinos“: Kochtopfklappern gegen soziale Ungerechtigkeit

Attac gründet wissenschaftlichen Beirat

Attac ist nicht eine rein aktionistisch ausgerichtete Bewegung, sondern vertritt auch den Anspruch, mit wissenschaftlichen Expertisen und Bildungsarbeit vor Ort über den Zusammenhang zwischen ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen der Globalisierung und politischer Destabilisierung, Gewalt, Krieg und Terrorismus aufzuklären. Um eine fundierte wissenschaftliche Begleitung und Beratung über diese komplexen Zusammenhänge zu gewährleisten, gibt es seit Ende April einen wissenschaftlichen Beirat, dem sich bisher 36 WissenschaftlerInnen angeschlossen haben:

Prof. Elmar Altvater (FU-Berlin)
 Dr. Regine Barth (Leiterin der Abteilung Recht am Öko-Institut Darmstadt)
 Prof. Thea Bauriedel (Professorin für politische Psychologie)
 Prof. Adelheid Biesecker (Professorin für ökonomische Theorie an der Uni Bremen)
 Dr. Jürgen Borchert (Jurist)
 Dr. Uli Brand (Soziologe, Uni Kassel)
 Dr. Achim Brunnengräber (FU Berlin)
 Prof. Frank Deppe (Uni Marburg)
 Dr. Heiner Flassbeck (UNCTAD)
 Dr. Kuno Füssel (Theologe)
 Mathias Greffrath (Journalist, Mitglied der SPD-Grundwertekommission)
 Dr. Wolfgang Hein (Deutsches Übersee Institut Hamburg)
 Prof. Friedhelm Hengsbach (Kath. Hochschule St. Georgen)
 Dr. Detlef Hensche (Rechtsanwalt, ehemals Vorstand der IG Medien)
 Dr. Stefan Hessler (Soziologe, Uni Frankfurt)
 Prof. Rudolf Hickel (Uni Bremen)
 Prof. Jörg Huffschmid (Uni Bremen)

Prof. Hartwig Hummel (Politologe, Uni Düsseldorf)
 Prof. Claus Leggewie (Uni Giessen)
 Dr. Stefan Lessenich (Soziologe und Politologe, Göttingen)
 Prof. Birgit Mahnkopf (FHW Berlin)
 Prof. Klaus Meschkat (Soziologe, Uni Hannover)
 Prof. Maria Mies (Soziologin)
 Prof. Mohssen Massarrat (Uni Osnabrück)
 Dr. Ulrich Petschow (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin)
 Prof. Dieter Rucht (Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin, Politologe)
 Dr. Wolfgang Sachs (Wuppertal Institut)
 Dr. Thomas Sauer (ehemals FHW Berlin)
 Dr. Claus Schäfer (WSI)
 Prof. Christoph Scherrer (GHS Kassel)
 Dr. Margit Schratzenstaller (Uni Gießen)
 Dr. Ingo Schmidt (FHTW Berlin)
 Prof. Herbert Schui (Ökonom, HWP)
 Dr. Christa Wichterich (Publizistin, Bonn)
 Prof. Brigitte Young (Uni Münster)

„Bush-Trommeln“ für den Frieden

Am 22. und 23. Mai besuchte der US-amerikanische Präsident George Bush Berlin. Ein „Bad in der Menge“ fiel für den Präsidenten allerdings aus. Dass keine mit US-Fähnchen wedelnden Menschen in den Straßen zur Begrüßung Spa-

lier standen, hat seine Gründe: Mehr als 70.000 Frauen, Männer und Kinder waren dem Aufruf des Bündnisses „Achse des Friedens“ - ein Zusammenschluss von rund 230 Organisationen und Gruppen - gefolgt. Am 22. Mai hießen in Berlin und in rund sechzig weiteren deutschen Städten dann insgesamt mehr als 30.000 Menschen auf ihre Weise den US-Präsidenten mit vielen bunten Aktionen, unter anderem mit einem konzertierten „Bush-Trommeln“, willkommen.

Die Größe der Demonstrationen und ihr friedlicher Verlauf haben sowohl der deutschen Politik als auch der US-Administration gezeigt, dass die KritikerInnen der gegenwärtigen Politik keine kleine Minderheit sind. Der Widerstand gegen eindimensionale Denkmuster und gegen eine auf Ungleichheit basierende „Weltordnung“ wächst. Die Veranstaltungen während des Bush-Aufenthalts haben hierfür ein weiteres Zeichen gesetzt.

Gabriele Rohmann



Foto: Karsten Hennig

Bundesweite AGs

Kampagne Stopp Steuerflucht:
 Sven Giegold, giegold@attac.org

Kampagne zur Tobin-Steuer:
 Peter Waldow
 peter.waldow@weedbonn.org

Kampagne soziale Sicherung:
 Harald Klimenta
 harald.klimenta@web.de

AG Welthandel und WTO:
 Oliver Moldenhauer
 moldenhauer@attac-netzwerk.de

AG Arbeit und Menschenwürde:
 Angela Klein, angela.klein@t-online.de

bundesweite Aktionsgruppe:
 Mareike Jagszent
 mareike@jagszent.de

FrauenNetzAttac:
 Galerie NOSPACE, c/o Ursula Peters, Genthiner Str. 11, 10785 Berlin, Tel./Fax.: 030/4328699

Termine:

22. und 23. Juni:
 EU-Gipfel in Sevilla, Spanien

26. und 27. Juni:
 G8-Gipfel in Kananskis, Kanada

5. und 6. Juli:
 Kongress von Attac Hamburg "Die Welt im Privatisierungswahn"

26. bis 31. Juli:
 Attac-Sommerakademie in Marburg

15. bis 20. Juli:
 "Globalisierung von unten" - Sommerakademie von Attac und der DGB-Jugend in der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

26. August bis 4. September:
 UN-Konferenz "Rio+10" in Johannesburg

14. September:
 Jahreshöhepunkt - "Her mit dem schönen Leben", Aktionstag in Köln von Attac, Gewerkschaftsjugendverbänden und anderen

7. bis 9. September:
 Europäisches Sozialforum in Florenz

weitere Informationen zu allen Terminen: www.attac-netzwerk.de/termine oder unter Tel.: 04231 / 957-591

Buchrezension:**Schöne, neue Welt****Michael Hardt und Antonio Negri auf Abwegen**

Über kaum ein Buch wurde in letzter Zeit widersprüchlicher debattiert als über das nun im Deutschen vorliegende "Empire" des US-amerikanischen Literaturwissenschaftlers Michael Hardt und des italienischen Philosophen Antonio Negri. In den USA ist das Buch bereits ein Bestseller. In Deutschland zeigt sich eine ähnliche Resonanz. Während die großen Feuilletons "Empire" fast ausnahmslos als "neues Manifest", "brilliant Analyse des 20. Jahrhunderts" oder "großes Theoriewerk" feiern und allenfalls Hardt und Negris vagen Begriff der Multitude, der Menge, kritisieren, sind politisch jenseits der Mitte ausgerichtete Zeitungen, Zeitschriften und Periodika mit dem Verriß dieses Werks beschäftigt.

Mit "Empire" haben sich Hardt und Negri eine Bestandsaufnahme vor allem des 20. Jahrhunderts vorgenommen und ziehen daraus spektakuläre Schlüsse. Nach Meinung des Autorenduos leben wir nicht länger im Zeitalter der Nationalstaaten, sondern im Zeitalter des Empire, einer nicht lokalisierbaren Macht, die überall, bis in die kleinsten Lebensbereiche, hineinwirkt. Eine solche Annahme ist natürlich für eine globalisierungskritische Bewegung wie Attac zu nächst höchst interessant. Denn was Hardt und Negri behaupten, klingt einerseits nach einer Globalisierung von Macht und wirft andererseits die Frage auf, wie dagegen Widerstand möglich ist.

Mischung aus Geistesgeschichte und Science Fiction

"Empire" ist - um eine Kritik gleich vorab zu formulieren - maßlos überbewertet. Was die Autoren als eine die Ontologie und ethisch-politische Diskurse verbindende Untersuchung ausgeben, entpuppt sich schon nach der Lektüre des ersten Fünftels des Bandes als Mischung aus so unterschiedlichen Gattungen wie einem Essay, einer historischen Abhandlung, sowie einer Gegenwarts- und Vergangenheitsanalyse. Dem fügen sie ein wenig Geistesgeschichte ausgewählter Philosophen und Sozialwissenschaftler (u.a. Spinoza, Machiavelli, Foucault, Deleuze, Guattari, Wittgenstein, Marx, Lenin, Hobbes, Weber) und visionäre Science Fiction zu. Hätten die Autoren dieses Werk als Essaysammlung ausgegeben und würden sie vor allem nicht beständig zwischen Gegenwart und Vergangenheit hin- und herspringen, etwa was die

Bestimmung der Gegenwart als "Leben im Empire" oder als "Übergang zum Zeitalter des Empire" betrifft, hätten sie ihre Thesen, die oft genug der empirischen Realität entbehren, etwas vorsichtiger als Überlegungen oder Hypothesen formuliert, dann könnte dieses Buch einen Platz in der Ideengeschichte beanspruchen. Doch was Hardt und Negri - abgesehen von einigen interessanten Exkursen über Staats- und Souveränitätsbegriffe seit der Antike und der Schilderung der Veränderung der ökonomischen Prozesse seit den siebziger Jahren - präsentieren, ist eine abenteuerliche Prosa, die in ihrem Aufbau ein wenig an Karl Marx' "Kapital" erinnert und in der Vermittlung des Inhalts an Jostein Gaarders "Sophies Welt".

Imperiale Macht ohne Innen und Außen?

Ob das Empire, diese "imperiale Macht", die kein Innen und Außen mehr kennt und alle Lebensbereiche des Menschen im Sinne der Foucaultschen "Bio-Macht" gänzlich durchdringt, überhaupt existiert, ist sowieso strittig. Denn auch die Annahme des Duos, wir lebten schon längst im Zeitalter der Postmoderne, ist strittig. Das Ende der Moderne sehen sie über rund 350 Seiten verteilt mal mit dem Vietnamkrieg, mal in den fünfziger Jahren, mal in den siebziger Jahren, mal mit dem Golfkrieg 1991 gegeben. Den typischen Merkmalen der sogenannten Postmoderne entspricht "Empire" selbst: Willkürlich werden den Kapiteln Leitziatate, u.a. eines von Bill Gates, vorangestellt. Willkürlich erscheint auch oft die Auswahl der bewegten Literatur, und Willkürlichkeit zeigt sich im Aufbau des Bandes.

Die Unschärfe der Terminologie kennzeichnet das gesamte Werk. Es fehlt eine begriffliche Fassung dessen, was das Empire überhaupt sein soll. Und der Menge der im Empire lebenden Individuen werden ohne nähere Ausführungen neue Kräfte unterstellt, die die imperiale Macht zu Fall bringen könnten.

Trotzdem schreiben Hardt und Negri der globalisierungskritischen Bewegung keine große Bedeutung zu. Denn angesichts des Wegfalls der Nationalstaaten vertrete die, so die Autoren, einen falschen Ansatz und kämpfe letztlich gegen etwas, was es nicht mehr gebe: gegen modern strukturierte Staaten und supra-

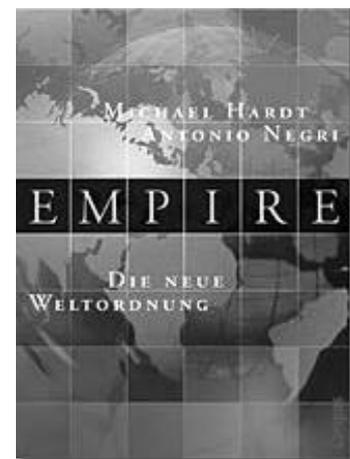
nationale Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO, die durch staatliche Einflussnahme noch kontrolliert werden könnten. Doch können Hardt und Negri empirisch nicht aufzeigen, dass diese Institutionen tatsächlich an "Nicht-Orten" durch eine imperiale Macht, die nicht mehr lokalisierbar ist, regiert werden.

Im letzten Teil des Bandes widmen sich die Autoren dem "Untergang und Fall des Empire". Der nimmt leider gerade mal sechzig Seiten von insgesamt 420 Seiten ein, die Revolutionsgeschichte des 20. Jahrhunderts wird in drei Sätzen abgehandelt und letztlich thematisiert auch dieser Teil größtenteils das Empire und nicht seinen Fall.

Das Problem an "Empire" ist, dass in diesem Buch auch durchaus Richtiges steht, aber keine Trennung zwischen Fakten und Visionen deutlich wird. Der Campus-Verlag hat übrigens ein Webforum zu "Empire" eingerichtet. Unter www.campus.de kann ausgiebig über dieses Werk gestritten werden. Genügend Anlass gibt es allemal.

Gabriele Rohmann

Eine ausführlichere Version dieser Kritik findet sich in Heft 3/2002 des Forschungs-journals Neue soziale Bewegungen.



Michael Hardt, Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt / New York: Campus Verlag 2002, 461 S., 34.90 Euro, ISBN 3-593-36994-x.

Umgezogen? Adresse falsch? Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler unter 04231/ 957591 oder per eMail an info@attac-netzwerk.de mit. Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeauftrag diesen Rundbrief nicht nach!

Attac Deutschland • Artilleriestr. 6 • 27283 Verden
PVsT • DPAG • Engelt bezahlt • H57480

Attac in Kürze

Die Ohnmacht überwinden und eine andere Welt möglich machen

Attac wird für immer mehr Menschen zum Hoffnungsträger, die vermeintliche Ohnmacht zu überwinden und politische Veränderungen zu erreichen. Sie sehen die neoliberale Globalisierung nicht länger als schicksalhaften Prozess an, in dem sich die Politik den Profitinteressen von transnationalen Unternehmen und Investmentfonds unterordnen muss. Vielmehr treten sie für eine ökologische und soziale Globalisierung ein und wollen po-

litische Gestaltungsräume zurückerobern. Mit über 60.000 Mitgliedern in 40 Ländern ist Attac zu einem wichtigen Teil der globalisierungskritischen Bewegung geworden. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites Bündnis, das vom BUND über ver.di und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. In 80 Städten sind mittlerweile Menschen in Attac-Gruppen aktiv und organisieren Druck von unten - um eine andere

Welt möglich zu machen.

Attac finanziert die Arbeit der Gruppen vor Ort, spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Aktionen, Publikationen wie diesen Rundbrief und vieles mehr fast ausschließlich aus steuerlich absetzbaren Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Spendenkonto

Attac Deutschland, Kto.Nr. 10 15 15 0
Ökobank e.G., BLZ 500 901 00

Impressum

Attac Deutschland & share e.V.
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel. 04231 / 957-591,
Fax: 04231 / 957-594,
eMail: info@attac-netzwerk.de,
http://www.attac-netzwerk.de

Produktion: share mit EU-Förderung

Redaktion: Gabi Rohmann (roh),
Werner Rätz (wr), Heidi
Klein (hk), Felix Kolb (fk)

Vi.S.d.P.: Felix Kolb

Layout: Heidi Klein

Auflage: 20.000



DIE SCHATTEN DER GLOBALISIERUNG

Nobelpreis
für
Wirtschaft

JOSEPH STIGLITZ



**Gleich mit dem Rückmelde-
coupon bestellen!**

Einsenden an: Attac Deutschland, Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Oder per Fax: 04231 / 95 75 94

Rückmeldecoupon

Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Telefon:
Fax:
eMail:

Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden.
 Ich überweise meinen Beitrag von € jährlich auf das Konto von Attac.
 Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe von € von meinem Konto abbucht.

KontoinhaberIn:
Konto-Nr.:
Bank:
BLZ:

Der Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen beträgt 15 bis 60 €/Jahr oder gerne auch mehr.

Datum Unterschrift

- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich spende einmalig / jährlich € auf das Spendenkonto von Attac.

Informationen/Materialien

- Ich möchte weitere Informationen über Attac - bitte schicken Sie mir das Attac-Infopaket zu (1,50 €).
 Ich möchte weitere Menschen für Attac werben - bitte schicken Sie mir Exemplare der Selbstdarstellung von Attac (0,05 €)*.
 Material zum Aktionstag am 14.9. - bitte schicken Sie mir Ex. des Flugblattes (0,10 €)*, Ex. des Plakats (0,10 €)*, Ex. des Aufkleberbogens (9 Stk.) (0,20 €)*.

Bitte schicken Sie mir folgende Informationsbroschüren zu (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- Neu:** Dossier: "Globalisierung - Eine andere Welt ist möglich!" von Attac und Publik-Forum, 8 S., vierfarbig (0,10 €)*
 Neu: Flugblatt "Stopp Steuerflucht! Steueroasen trocken legen - Kapital fair besteuern!" (0,10 €)*
 Attac-Flugblatt „Das Gesundheitswesen unter dem Hammer“ (0,10 €)*
 Neu: Flugblatt zur Attac-Sommerakademie, 26. - 31.7. in Marburg (0,10 €)*
 Neu: Joseph Stiglitz (2002): Die Schatten der Globalisierung (19,90 €)
 C. Grefe, M. Greffrath, H. Schumann: „attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?“ 221 Seiten (12,90 €)
 Attac (Hg.): „Eine andere Welt ist möglich“ Kongress-Dokumentation, 166 Seiten (8 €)

* *Selbstkosten. Diese Materialien geben wir auch kostenlos ab. Wir bitten aber um Bezahlung etwas über den Selbstkosten.*

Weitere Materialien bestellen: www.attac-netzwerk.de/material/